

MINISTERIALBLATT

FÜR DAS LAND NORDRHEIN-WESTFALEN

Ausgabe A

5. Jahrgang

Ausgegeben zu Düsseldorf am 26. August 1952

Nummer 59

Inhalt

(Schriftliche Mitteilung der veröffentlichten RdErl. erfolgt nicht.)

A. Ministerpräsident.

B. Innenministerium.

Persönliche Angelegenheiten. S. 1035.

I. Verfassung und Verwaltung: RdErl. 8. 8. 1952, Durchführungsbestimmungen zu Abschnitt V (Übergangsbestimmungen) der Ausbildungs- und Prüfungsordnung für die Anwärter des gehobenen vermessungstechnischen Dienstes (RdErl. d. RMdL v. 9. 4. 1940 — VI a 8371/40—6842). S. 1033. — RdErl. 15. 8. 1952, Beilagenged. der Dienstgebäude am 7. September 1952, dem Nationalen Gedenktag des deutschen Volkes. S. 1035. — RdErl. 16. 8. 1952, Deutscher Soldatenfriedhof in Ijsestein. S. 1035.

III. Kommunalaufsicht: RdErl. 9. 8. 1952, Feuersicherheitswachen in Theatern, Versammlungs- und Ausstellungsräumen, insbesondere in Gemeinden und Ämtern mit Freiwilliger Feuerwehr. S. 1035.

C. Finanzministerium.

RdErl. 6. 8. 1952, Organisation der Feststellungsbehörden und Lohnstellen. S. 1038.

C. Finanzministerium. B. Innenministerium.

Gem. RdErl. 30. 7. 1952, Tarifvertrag für Angestellte. S. 1045. — Gem. RdErl. 30. 7. 1952, Tarifvertragliche Vereinbarung über die Nettegehung der Überstundenvergütung für Angestellte. S. 1045. — Gem. RdErl. 30. 7. 1952, Tarifvertrag für Angestellte. S. 1046. — Gem. RdErl. 30. 7. 1952, Tarifvertrag für Angestellte. S. 1047.

D. Ministerium für Wirtschaft und Verkehr.

Bek. 12. 8. 1952, Liste der Bergbau-Feuerlöschgeräte (BuT). S. 1047/48.

E. Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten.

I. Verwaltung: AO. 14. 8. 1952, Bestimmung der zuständigen Stelle für die Entgegennahme von Schlußscheinen (Dritte Ausfertigung) im Getreideverkehr. S. 1047. — AO. 14. 8. 1952, Bestimmung der zuständigen Stelle zur Erstattung der Frühdurschprämie. S. 1047.

F. Arbeitsministerium.

RdErl. 11. 8. 1952, Verkehr mit brennbaren Flüssigkeiten: Zulassung des Fußventils NW 150, ND 64 Type 5887, als Durchschlagssicherung. S. 1048.

G. Sozialministerium.

H. Kultusministerium.

Persönliche Angelegenheiten. S. 1049.

RdErl. 1. 8. 1952, Altersgrenze der Lehrer und Verlängerung der Dienstzeit über die Altersgrenze hinaus. S. 1049. — RdErl. 31. 7. 1952, Namensänderung der „Vogelschutzkarte Essen-Altendamm“. S. 1050.

J. Ministerium für Wiederaufbau.

III B. Finanzierung: RdErl. 31. 7. 1952, Grundsteuervergünstigung. S. 1051.

K. Justizministerium.

L. Staatskanzlei.

Notizen. S. 1052.

B. Innenministerium

Persönliche Angelegenheiten

Ernennungen: Der Regierungsassessor F. E. Sicking zum Regierungsrat bei der Bezirksregierung in Aachen.

— MBl. NW. 1952 S. 1033.

1952 S. 1033
aufgeh. d.
1954 S. 1049

I. Verfassung und Verwaltung

Durchführungsbestimmungen zu Abschnitt V (Übergangsbestimmungen) der Ausbildungs- und Prüfungsordnung für die Anwärter des gehobenen vermessungstechnischen Dienstes (RdErl. d. RMdL v. 9. 4. 1940 — VI a 8371/40—6842 —)

RdErl. d. Innenministers v. 8. 8. 1952 —
I—23—35.10 Nr. 1029/51

Die infolge des Krieges verspätete Bestellung eines Prüfungsausschusses für die Fachprüfung des gehobenen vermessungstechnischen Dienstes in der Fachrichtung „Vermessungsdienst der Gemeindeverwaltung“ (mein nicht veröffentlichter Erlaß vom 4. April 1949 — I—128—17 Nr. 4099/48) veranlaßt mich, im Einvernehmen mit dem Herrn Finanzminister zum Erlaß nachfolgender Durchführungsbestimmungen:

Teil I. Grundsätzliche Bestimmungen

1. Ingenieuren für Vermessungstechnik, die vor dem Inkrafttreten meines Erl. v. 4. April 1949 — I—128—17 Nr. 4099/48 — eine anerkannte Bauschule mit Erfolg

verlassen haben, kann eine Angestelltentätigkeit als Ingenieur für Vermessungstechnik in den Arbeitsgebieten 1, 2, 5 und 6 des Ausbildungsplans (Anlage 4 zu § 16 der Ausbildungs- und Prüfungsordnung) zur Hälfte, jedoch höchstens mit 18 Monaten auf den Vorbereitungsdienst von 30 Monaten angerechnet werden.

2. Die für eine Übergangszeit vorgesehenen Vorschriften in § 39 (2) und (3) der Ausbildungs- und Prüfungsordnung gelten nicht mehr.

Teil II. Ergänzende Bestimmungen

Zu Ziff. 1.: Die Gemeinden (Gemeindeverbände) können nach Maßgabe des Bedarfs geeignete Ingenieure für Vermessungstechnik, insbesondere solche, denen eine Übernahme in das Beamtenverhältnis in Aussicht gestellt wurde, bis zum 1. Januar 1954 in den verkürzten Vorbereitungsdienst übernehmen. Sie setzen die Dauer des Vorbereitungsdienstes — ggf. im Benehmen mit der Ausbildungsbehörde, der der Anwärter überwiesen werden soll — fest. Kommt eine Einigung nicht zustande, so ist die Angelegenheit mir unter Beifügung der Personalakten, eines Personalbogens nach beiliegendem Muster, sowie der Stellungnahme der Gemeinde (Gemeindeverbandes) und der Ausbildungsbehörde zur Entscheidung vorzulegen.

Im übrigen gelten die Bestimmungen der Ausbildungs- und Prüfungsordnung ohne Einschränkung.

Personalbogen

Name	Vorname	Dienst- bezeichnung	Geburts- datum	Abschlußzeugnis der Bauschule, Prüfungsdatum und Prädikat	Beschäftigungszeiten seit dem Verlassen der Bauschule mit Angabe der Dienststellen, Ab- teilungen und Arbeitsgebiete, ggf. Bescheinigungen über die Befähigung zum Beamten des geh. vermessungstechnischen Dienstes

Anlage z. RdErl. d. IM. NW. v. 8. 8. 52 — I—23—35.10 Nr. 1029 51 —

— MBl. NW. 1952 S. 1033.

Beflaggung der Dienstgebäude am 7. September 1952, dem Nationalen Gedenktag des deutschen VolkesRdErl. d. Innenministers v. 15. 8. 1952 —
I 18—60 Nr. 1172 52

Die Behörden und Dienststellen des Landes Nordrhein-Westfalen flaggen am 7. September 1952, dem Nationalen Gedenktag des deutschen Volkes.

Die Kommunalverwaltungen sowie die Anstalten und Körperschaften des öffentlichen Rechts bitte ich, entsprechende Anordnung zu treffen.

Die Angehörigen der Landesregierung sowie der nachgeordneten Behörden und Dienststellen werden zur Beteiligung an den allgemeinen öffentlichen Feiern aufgefordert.

— MBl. NW. 1952 S. 1035.

Deutscher Soldatenfriedhof in IjsselsteinRdErl. d. Innenministers v. 16. 8. 1952 —
I 18—80 Nr. 1194 52

Das niederländische Außenministerium hat mitgeteilt, daß der deutsche Soldatenfriedhof in Ijsselstein ab 27. Juni 1952 wochentags von 9—16 Uhr und sonn- und feiertags von 10—16 Uhr für Besucher geöffnet ist.

An die Regierungspräsidenten in Aachen, Arnberg, Detmold, Düsseldorf, Köln und Münster, die Gemeinden und Gemeindeverbände des Landes Nordrhein-Westfalen.

— MBl. NW. 1952 S. 1035.

III. Kommunalaufsicht**Feuersicherheitswachen in Theatern, Versammlungs- und Ausstellungsräumen, insbesondere in Gemeinden und Ämtern mit Freiwilliger Feuerwehr**RdErl. d. Innenministers v. 9. 8. 1952 —
Abt. III C 1:12—15

Im Zusammenhang mit der Gestellung von Feuersicherheitswachen zum Zwecke des vorbeugenden Feuerschutzes in Theatern, Versammlungs- und Ausstellungsräumen sind in den Kreisen der Freiwilligen Feuerwehren Zweifel darüber laut geworden, wer die Gestellung anzuordnen hat und ob Gebühren für die Wachen erhoben werden können. Dazu gebe ich folgendes bekannt:

Die Entscheidung über die Notwendigkeit einer Feuersicherheitswache zum Zwecke des vorbeugenden Feuerschutzes liegt bei den Gemeinden und Ämtern in ihrer Eigenschaft als Ordnungsbehörden. In Gemeinden und Ämtern mit Freiwilliger Feuerwehr gilt dabei folgendes:

Vor der Entscheidung ist der Leiter der Freiwilligen Feuerwehr gutachtlich zu hören. Hierbei weise ich auf die Bestimmung des § 2 Abs. 3 der Polizeiverordnung über Anlage und Einrichtung von Lichtspieltheatern und über Sicherheitsvorschriften bei Lichtspielvorführungen vom 18. März 1937 (GS. S. 41) hin, wonach den mit der Besichtigung und Überwachung beauftragten Beamten der Polizei und der Feuerwehr, den Gewerbeaufsichtsbeamten und den technischen Aufsichtsbeamten der Berufsgenossenschaft der Feinmechanik und Elektrotechnik der

Zutritt zu allen Räumen des Lichtspieltheaters jederzeit zu gestatten ist. Weiterhin verweise ich auf die §§ 50, 69, 95 g, 119 (2) und 126 des Musters zu einer „Polizeiverordnung“ über die bauliche Anlage, die innere Einrichtung und den Betrieb von Theatern, öffentlichen Versammlungsräumen, Zirkusanlagen, das von den Ministerien der öffentlichen Arbeit und des Innern mit RdErl. v. 6. April 1909 (MBl. V. S. 134) herausgegeben und nachträglich mehrfach geändert worden ist. Nach diesem Muster waren von den Regierungspräsidenten Polizeiverordnungen ohne Änderungen zu erlassen. Wenn auch die daraufhin ergangenen Polizeiverordnungen wohl inzwischen durch Fristablauf außer Kraft getreten sind, so gelten die Bestimmungen doch sinngemäß weiter auf Grund des § 14 (1) PVG vom 1. Juni 1931 (GS. S. 77) in Verbindung mit den §§ 30, 35 der Einheitsbauordnung des Pr. Staatskommissars für das Wohnungswesen vom 25. Januar 1919. Die Feuersicherheitswache ist von dem Träger des Feuerschutzes zu stellen, der sich dabei der Freiwilligen Feuerwehr bedient. Die Art und Weise der Gestellung ist von dem Leiter der Freiwilligen Feuerwehr zu bestimmen (§ 22 (1) der Dienstanweisung der Freiwilligen Feuerwehren vom 13. März 1951). Das in § 2 Abs. 2 Ziff. 5 der Dienstanweisung dem Leiter der Freiwilligen Feuerwehr übertragene Anweisungsrecht bezieht sich nur auf die ihm nachgeordneten Angehörigen der Freiwilligen Feuerwehr.

Gemäß § 22 (1) der Dienstanweisung für die Freiwillige Feuerwehr ist die Gestellung von Feuersicherheitswachen gebührenpflichtig. Gebühren können jedoch nur dann erhoben werden, wenn die Gebührenpflicht durch eine Gebührenordnung der Gemeinde begründet worden ist. Bei den Gebühren handelt es sich um Benutzungsgebühren nach § 4 des Pr. Kommunalabgabengesetzes, wobei die Gestellung der Feuersicherheitswachen als eine Veranstaltung gemäß § 4 des Pr. Kommunalabgabengesetzes anzusehen ist. Es handelt sich nicht um Verwaltungsgebühren entsprechend dem § 6 des Pr. Kommunalabgabengesetzes, so daß das in § 6 Abs. 1 enthaltene Verbot der gleichzeitigen Erhebung von Vergütungssteuern und von Gebühren für Beaufsichtigung von Vergnügen nicht durchgreift. Soweit Gemeinden die Gebührenpflicht noch nicht geregelt haben, werden noch entsprechende Gebührenordnungen zu erlassen sein. Die Benutzungsgebühr für die Gestellung der Feuersicherheitswache darf auch nicht verwechselt werden mit einer etwaigen Verwaltungsgebühr, die die Gemeinde oder das Amt als Ortspolizeibehörde auf Grund der Staatl. Verwaltungsgebührenordnung erhebt.

Zu den Pflichtaufgaben der Feuerwehr, für die Gebühren nicht erhoben werden dürfen, gehört die Gestellung von Feuersicherheitswachen in Theatern, Versammlungs- und Ausstellungsräumen nicht. Das Merkmal der Freiwilligkeit ist dadurch gegeben, daß niemand zu Veranstaltungen in Theatern, Versammlungs- und Ausstellungsräumen gezwungen werden kann und erst eine auf solche Veranstaltung gerichtete Entschließung den Einsatz der Freiwilligen Feuerwehr zur Folge hat.

Empfänger der Gebühr ist die Gemeinde als Träger des Feuerschutzes. Ob und in welchem Umfange eine Entschädigung an die Angehörigen der Freiwilligen Feuerwehr für die Wahrnehmung der Wache gezahlt wird, ist im Rahmen des § 15 Abs. 3 des FSG zwischen

dem Träger des Feuerschutzes einerseits und der Freiwilligen Feuerwehr andererseits zu regeln.

Da es den Ämtern z. Z. noch nicht gestattet ist, amts-eigene Benutzungsgebühren im Sinne des § 4 KAG zu erheben, haben sie, sofern sie Träger des Feuerschutzes sind, gleichlautende Gebührenordnungen in allen amts-angehörigen Gemeinden herbeizuführen.

In Orten mit Berufsfeuerwehr gelten vorstehende Ausführungen sinngemäß.

An die Gemeinden, Gemeindeverbände und Gemeindeaufsichtsbehörden des Landes Nordrhein-Westfalen.

— MBl. NW. 1952 S. 1035.

1952 S. 1038
geänd. d.
1954 S. 857/58

C. Finanzministerium

Organisation der Feststellungsbehörden und Lohnstellen

RdErl. d. Finanzministers v. 6. 8. 1952 —
Rqu 1110—4103/52 III E 4

Nachstehend gebe ich das Anschriftenverzeichnis und eine Übersicht über die fachliche Zuständigkeit der Feststellungsbehörden und Lohnstellen im Lande Nordrhein-Westfalen nach dem Stande vom 1. August 1952 bekannt.

Requisitionsscheine, Schadensanträge usw., die den bisher zuständigen Feststellungsbehörden vorgelegt werden, sind unverzüglich und unmittelbar an die nunmehr fachlich zuständige Feststellungsbehörde weiterzuleiten.

Anlage 1

Anschriftenverzeichnis der Behörden der Besatzungslastenverwaltung im Lande Nordrhein-Westfalen nach dem Stande vom 1. August 1952 (ohne Bau- und Sonderbehörden)

Lfd. Nr.	Anschrift	Telefon-Nr.	Fachlicher Zuständigkeitsbereich
I. Regierungsbezirk Aachen			
a)	Regierungspräsident — BFB — Aachen, Theaterplatz	3 25 41—3 25 49	Reg.-Bez. Aachen
1	Stadtverwaltung — KFB — Aachen, Pontstr. 13	3 23 09 u. 3 23 19	Stadtkreis Aachen Landkreis Jülich
2	Kreisverwaltung — KFB — Aachen, Theaterstr. 55	3 38 51	Landkreis Aachen
3	Kreisverwaltung — KFB — Düren, Hoeschplatz 7	31 01	Landkreis Düren
4	Kreisverwaltung — KFB — Erkelenz	9 81—9 84	Landkreis Erkelenz
5	Kreisverwaltung — KFB — Geilenkirchen	2 90—2 96	Landkreis Geilenkirchen
6	Kreisverwaltung — KFB — Monschau, Laufenstr. 172	4 01	Landkreis Monschau
7	Kreisverwaltung — KFB — Schleiden, Kreishaus	4 41	Landkreis Schleiden
II. Regierungsbezirk Arnsberg			
b)	Regierungspräsident — BFB — Arnsberg, Seibertstr. 1	2 41 u. 3 41	Reg.-Bez. Arnsberg
8	Kreisverwaltung — KFB — Altena, Gerichtsstr. 10	24 41	Landkreise Altena und Olpe
9	Kreisverwaltung — KFB — Arnsberg, Eichholzstr. 37	4 51—4 54	Landkreise Arnsberg und Meschede
10	Stadtverwaltung — KFB — Bochum, Rathaus	6 04 61 u. 6 05 71	Stadtkreise Bochum, Herne, Wanne-Eickel, Wattenscheid
11	Kreisverwaltung — KFB — Brilon, Kreishaus	2 51—2 53	Landkreise Brilon und Berleburg
12	Stadtverwaltung — KFB — Dortmund, Schwanenstr. 87	3 01 11	Stadtkreise Dortmund, Castrop-Rauxel und Lünen
13	Stadtverwaltung — KFB — Hagen, Tillmannstr. 2	40 41—40 44	Stadtkreis Hagen
14	Stadtverwaltung — KFB — Hamm, Am Marktplatz 3	20 20	Stadtkreis Hamm
15	Stadtverwaltung — KFB — Iserlohn, Am Dickenturm 16	40 51	Stadtkreis Iserlohn
16	Kreisverwaltung — KFB — Iserlohn, Am Ostbahnhof 4	24 44—24 48 u. 55 63	Landkreis Iserlohn
17	Kreisverwaltung — KFB — Lippstadt, Spielplatzstr. 10	28 41	Landkreis Lippstadt
18	Stadtverwaltung — KFB — Lüdenscheid, Staberger Str. 5	34 41	Stadtkreis Lüdenscheid
19	Stadtverwaltung — KFB — Siegen, Rathaus	50 81	Stadtkreis Siegen, Landkreis Siegen
20	Kreisverwaltung — KFB — Schwelm, Hauptstr. 11	21 41	Ennepe-Ruhr-Kreis
21	Kreisverwaltung — KFB — Soest, Landratsamt	11 22 u. 11 47	Landkreis Soest
22	Kreisverwaltung — KFB — Unna, Katharinenstr. 5	28 18	Landkreis Unna
23	Stadtverwaltung — KFB — Witten, Rathaus	39 41	Stadtkreis Witten

Anmerkung: BFB = Bezirksfeststellungsbehörde, KFB = Kreisfeststellungsbehörde

Lfd. Nr.	Anschrift	Telefon-Nr.	Fachlicher Zuständigkeitsbereich
III. Regierungsbezirk Detmold			
c)	Regierungspräsident — BFB — Detmold, Richthofenstr.	45 35—45 39	Reg.-Bez. Detmold
24	Stadtverwaltung — KFB — Bielefeld, Ravensberger Str. 117	6 30 01	Stadtkreis Bielefeld, Landkreise Bielefeld und Halle
25	Kreisverwaltung — KFB — Büren, Königsstr.	4 55—4 58	Landkreis Büren
26	Kreisverwaltung — KFB — Detmold, Schloß	31 43	Landkreise Detmold und Höxter
27	Stadtverwaltung — Außenstelle der KFB Wiedenbrück-Gütersloh, Rathaus	2 41	Landkreis Wiedenbrück
28	Stadtverwaltung — KFB — Herford, Auf der Freiheit 3	38 41	Stadtkreis Herford Landkreis Herford
29	Kreisverwaltung — KFB — Lemgo, Brake i. L., Schloß	9 41 9 45—9 48 Lemgo	Landkreis Lemgo
30	Kreisverwaltung — KFB — Lübbecke, Baracke am Kreiskrankenhaus	13 27	Landkreis Lübbecke
31	Kreisverwaltung — KFB — Minden, Marienstr. 64	26 58 u. 28 51	Landkreis Minden
32	Kreisverwaltung — KFB — Minden, Nebenstelle Bad Oeynhausen	71 71	Bad Oeynhausen
33	Kreisverwaltung — KFB — Paderborn, Bahnhofstr. 25	6 40	Landkreis Paderborn
34	Kreisverwaltung — KFB — Warburg, Bahnhofstr. 26—28	5 41 5 42	Landkreis Warburg
IV. Regierungsbezirk Düsseldorf			
d)	Regierungspräsident — BFB — Düsseldorf, Cecilienallee 2	20 24	Reg.-Bez. Düsseldorf
35	Stadtverwaltung — KFB — Düsseldorf, Reuter-Kaserne	10 20	Stadtkreise Düsseldorf und Neuß, Landkreise Grevenbroich und Rhein-Wupper-Kreis
36	Stadtverwaltung — KFB — Duisburg, Neckarstr. 1	38 21	Stadtkreis Duisburg, Landkreise Dinslaken und Rees
37	Kreisverwaltung — KFB — Abwicklungsstelle Rees, Wesel, Kreishaus	20	Landkreis Rees
38	Stadtverwaltung — KFB — Essen, Krupp-Turmhaus 100	2 30 64	Stadtkreis Essen
39	Kreisverwaltung — KFB — Kempen, Hülsener Str. 23	5 40	Landkreis Kempen-Krefeld
40	Stadtverwaltung — KFB — Krefeld, Hansa-Haus	2 83 91	Stadtkreis Krefeld, Landkreise Moers, Geldern, Kleve
41	Kreisverwaltung — KFB — Abwicklungsstelle Kleve, Bedburg-Hau. Provinzial-Heil- und Pflegeanstalt	9 11—9 14 Kleve	Landkreis Kleve
42	Kreisverwaltung — KFB — Mettmann, Neanderstr. 85	24 21	Landkreis Mettmann
43	Stadtverwaltung — KFB — M.Gladbach, Mozartstr. 9	2 01 41	Stadtkreis M.Gladbach und Rheydt
44	Stadtverwaltung — KFB — Mülheim-Ruhr, von-Bock-Str. 50	44 32	Stadtkreise Mülheim-Ruhr und Oberhausen
45	Stadtverwaltung — KFB — Viersen, Bahnhofstr. 36	20 41	Stadtkreis Viersen
46	Stadtverwaltung — KFB — Wuppertal, Kleiner Werth 9	5 13 21	Stadtkreise Wuppertal, Remscheid und Solingen
47	Stadtverwaltung — KFB — Abwicklungsstelle Solingen, Cronenberger Str. 59—61	2 60 01	Stadtkreis Solingen
V. Regierungsbezirk Köln			
e)	Regierungspräsident — BFB Köln, In der Höhle	26 71	Reg.-Bez. Köln
48	Kreisverwaltung — KFB — Bergisch-Gladbach, Marienstr.	24 41	Rhein.-Bergischer Kreis
49	Kreisverwaltung — KFB — Bergheim, Hauptstr. 23	5 81	Landkreis Bergheim
50	Stadtverwaltung — KFB — Bonn, Hofgartenstr. 3	3 01 71	Stadtkreis Bonn
51	Kreisverwaltung — KFB — Bonn, Mozartstr. 4—10	3 20 41	Landkreis Bonn
52	Kreisverwaltung — KFB — Euskirchen, Kölner Str.	30 51	Landkreis Euskirchen

Lfd. Nr.	Anschrift	Telefon-Nr.	Fachlicher Zuständigkeitsbereich
53	Kreisverwaltung — KFB — Gummersbach, Moltkestr.	29 51	Oberbergischer Kreis
54	Stadtverwaltung — KFB — Köln, Appellhofplatz 23—25	21 29 51	Stadtkreis Köln
55	Kreisverwaltung — KFB — Köln, Sankt-Apern-Str. 21	7 07 71	Landkreis Köln
56	Kreisverwaltung — KFB — Siegburg, Kaiser-Wilhelm-Platz 1	35 41	Landkreis Siegburg
VI. Regierungsbezirk Münster			
fj	Regierungspräsident — BFB — Münster, Domplatz 3	71 81	Reg.-Bez. Münster
57	Kreisverwaltung — KFB — Beckum, Alleestr.	32 51—54	Landkreis Beckum
58	Kreisverwaltung — KFB — Burgsteinfurt, Bahnhofstr. 40	2 51	Stadtkreis Bocholt, Landkreise Steinfurt, Ahaus, Borken, Coesfeld, Tecklenburg
59	Stadtverwaltung — KFB — Gelsenkirchen, Hans-Sachs-Haus	2 02 21	Stadtkreise Gelsenkirchen, Bottrop, Gladbeck
60	Stadtverwaltung — KFB — Münster, Alter Steinweg	70 61	Stadtkreis Münster, Landkreise Lüdinghausen und Warendorf
61	Kreisverwaltung — KFB — Münster, Warendorfer Str. 263	67 54—56 u. 65 08	Landkreis Münster
62	Kreisverwaltung — KFB — Recklinghausen, Herzogswall 1	32 41	Stadt- und Landkreis Recklinghausen

Lfd. Nr.	Anschrift	Telefon-Nr.	Fachlicher Zuständigkeitsbereich
VII. Lohnstellen			
1	Stadtverwaltung — KFB/Lohnstelle — Aachen, Pontstr. 13	3 23 09 u. 3 23 19	—
2	Kreisverwaltung — KFB/Lohnstelle — Erkelenz, Kückhovener Str. 7	6 60	—
3	Kreisverwaltung — KFB/Lohnstelle — Altena, Gerichtsstr. 10	24 41	—
4	Kreisverwaltung — KFB/Lohnstelle — Arnsberg, Eichholzstr. 37	4 51—4 54	—
5	Stadtverwaltung — KFB/Lohnstelle — Bochum, Rathaus	6 04 61 u. 6 05 71	—
6	Kreisverwaltung — KFB/Lohnstelle — Brilon, Kreishaus	2 51—2 53	—
7	Stadtverwaltung — KFB/Lohnstelle — Dortmund, Schwanenstr. 87	3 01 11	—
8	Stadtverwaltung — KFB/Lohnstelle — Hamm, Am Marktplatz 3	20 20	—
9	Stadtverwaltung — KFB/Lohnstelle — Iserlohn, Am Dickenturm 16	40 51	—
10	Kreisverwaltung — KFB/Lohnstelle — Lippstadt, Spielplatzstr. 10	28 41	—
11	Stadtverwaltung — KFB/Lohnstelle — Lüdenscheid, Staberger Str. 5	34 41	—
12	Stadtverwaltung — KFB/Lohnstelle — Siegen, Rathaus	50 81	—
13	Kreisverwaltung — KFB/Lohnstelle — Soest, Landratsamt	16 06	—
14	Kreisverwaltung — KFB/Lohnstelle — Ennepe-Ruhr, Wetter, Friedrichstr. 2	26 51	—
15	Stadtverwaltung — KFB/Lohnstelle — Witten, Rathaus	39 41	—
16	Stadtverwaltung — KFB/Lohnstelle — Bielefeld, Ravensberger Str. 117	6 30 01	—
17	Kreisverwaltung — KFB/Lohnstelle — Detmold, Schloß	31 43	—
18	Stadtverwaltung — KFB/Lohnstelle — Herford, Rathaus	38 41	—
19	Kreisverwaltung — KFB/Lohnstelle — Lemgo in Schötmar, Lange Straße	29 01 Bad Salzuflen	—
20	Kreisverwaltung — KFB/Lohnstelle — Minden, Marienstr. 64	26 58 u. 28 51	—
21	Kreisverwaltung — KFB/Lohnstelle — Minden, Nebenstelle in Bad Oeynhausen, Steinstr. 4	64 97	—
22	Kreisverwaltung — KFB/Lohnstelle — Minden, Nebenstelle in Lübbecke, Kettenpohl 11	6 12	—
23	Kreisverwaltung — KFB/Lohnstelle — Paderborn, Am Turnplatz	23 43	—
24	Stadtverwaltung — KFB/Lohnstelle — Düsseldorf, Reuterkaserne	10 20	—
25	Stadtverwaltung — KFB/Lohnstelle — Essen, Altendorfer Str. 100	2 30 64	—
26	Stadtverwaltung — KFB/Lohnstelle — Krefeld, Rathaus Fischeln	2 23 24	—
27	Stadtverwaltung — KFB/Lohnstelle — M.Gladbach, Mozartstr. 9	2 01 41	—
28	Stadtverwaltung — KFB/Lohnstelle — Mülheim - Ruhr, von-Bock-Straße 50	44 32	—
29	Stadtverwaltung — KFB/Lohnstelle — Wuppertal, Friedr.-Engels-Allee 390	5 13 31	—
30	Stadtverwaltung — KFB/Lohnstelle — Viersen, Rathaus	20 41	—
31	Kreisverwaltung — KFB/Lohnstelle — Bergisch-Gladbach, Marienstraße	24 41	—
32	Kreisverwaltung — KFB/Lohnstelle — Bergheim, Hauptstr. 23	5 81	—

Lfd. Nr.	Anschrift	Telefon-Nr.	Fachlicher Zuständigkeitsbereich
33	Stadtverwaltung — KFB-Lohnstelle — Bonn, Hofgartenstr. 3	3 01 71	—
34	Kreisverwaltung — KFB-Lohnstelle — Euskirchen, Kölner Str.	30 51	—
35	Kreisverwaltung — KFB-Lohnstelle — Gummersbach, Moltkestr.	29 51	—
36	Stadtverwaltung — KFB-Lohnstelle — Köln, Appellhofplatz 23—25	21 29 51	—
37	Kreisverwaltung — KFB-Lohnstelle — Köln, Sankt-Apern-Str. 21	7 07 71	—
38	Kreisverwaltung — KFB-Lohnstelle — Siegburg, Kaiser-Wilhelm-Platz 1	35 41	—
39	Stadtverwaltung — KFB-Lohnstelle — Gelsenkirchen in Gelsenkirchen-Buer, Hölscherstr. 2	3 25 41	—
40	Stadtverwaltung — KFB-Lohnstelle — Münster, Clemensstr. 27—29	43 68	—
41	Kreisverwaltung — KFB-Lohnstelle — Warendorf, Kreishaus	4 44	—

Anlage 2

**Fachliche Zuständigkeit
der Behörden der Besatzungslastenverwaltung im Lande Nordrhein-Westfalen**

Lfd. Nr.	Zuständige Feststellungsbehörde	Lfd. Nr. des Anschriften- verzeichnisses	Erweiterter fachlicher Zuständigkeitsbereich
I. Grundstücks- und Inventarrequisitionen einschl. Belegungs- und Manöverschäden			
Zuständig sind sämtliche aus dem Anschriftenverzeichnis ersichtlichen Feststellungsbehörden			
II. Besatzungspersonen- und -Sachschäden ausschl. Grundstücks- und Inventar- (Belegungs-) Schäden			
1	KFB Aachen-Stadt	1	Reg.Bez. Aachen
2	KFB Dortmund	12	Stadtkreis Dortmund, Bochum, Castrop-Rauxel, Hamm, Herne, Lünen, Wanne-Eickel, Wattenscheid und Witten
3	KFB Altena	8	Stadtkreise Hagen, Iserlohn, Lüdenscheld u. Siegen Landkreise Altena, Arnsberg, Brilon, Ennepe-Ruhr, Iserlohn, Lippstadt, Meschede, Olpe, Siegen, Soest, Unna und Wittgenstein
4	KFB Herford-Stadt	28	Reg.Bez. Detmold und Schäden, verursacht durch die britische Besatzungsmacht in der amerikanischen und französischen Zone
5	KFB Düsseldorf	35	Reg.Bez. Düsseldorf
6	KFB Bonn-Stadt	50	Reg.Bez. Köln
7	KFB Münster-Stadt	60	Reg.Bez. Münster
III. Lieferungen und Leistungen an die britische Besatzungsmacht			
1	KFB Aachen-Stadt	1	Stadtkreis Aachen, Landkreise Geilenkirchen, Erkelenz und Jülich
2	KFB Aachen-Land	2	Landkreise Aachen, Düren, Monschau u. Schleiden
3	KFB Dortmund	12	Stadtkreise Dortmund, Bochum, Castrop-Rauxel, Hamm, Hagen, Herne, Lünen, Wanne-Eickel, Wattenscheid und Witten Landkreise Ennepe-Ruhr und Unna
4	KFB Iserlohn-Stadt	15	Stadtkreise Iserlohn und Lüdenscheld Landkreise Iserlohn, Altena und Olpe
5	KFB Arnsberg	9	Landkreise Arnsberg, Brilon, Meschede, Lippstadt, Soest und Wittgenstein
6	KFB Siegen-Stadt	19	Stadt- und Landkreis Siegen
7	KFB Bielefeld-Stadt	24	Stadtkreise Bielefeld und Herford Landkreise Bielefeld, Halle, Wiedenbrück und Herford
8	KFB Detmold	26	Landkreise Detmold, Lemgo, Höxter, Warburg, Büren und Paderborn
9	KFB Minden	31	Landkreise Minden und Lübbecke
10	KFB Düsseldorf	35	Stadtkreise Düsseldorf, Neuß, Landkreise Grevenbroich, Rhein-Wupper, Düsseldorf-Mettmann
11	KFB Wuppertal	46	Stadtkreise Wuppertal, Remscheid und Solingen
12	KFB Krefeld	40	Stadtkreise Krefeld, M.Gladbach, Rheydtt u. Viersen Landkreise Geldern, Kempen-Krefeld, Kleve und Moers
13	KFB Mülheim (Ruhr)	44	Stadtkreise Mülheim-Ruhr, Duisburg, Essen, Oberhausen, Landkreise Dinslaken und Rees
14	KFB Köln-Stadt	54	Stadtkreis Köln, Landkreise Köln, Bergheim, Rhein-Berg, Kreis und Oberberg, Kreis
15	KFB Bonn-Stadt	50	Stadtkreis Bonn, Landkreise Bonn, Euskirchen und Siegburg
16	KFB Münster-Stadt	60	Reg.Bez. Münster

Lfd. Nr.	Zuständige Feststellungsbehörde	Lfd. Nr. des Anschriften- verzeichnisses	Erweiterter fachlicher Zuständigkeitsbereich
IV. Lieferungen und Leistungen an die amerikanische Besatzungsmacht			
1	KFB Aachen-Stadt	1	Reg.Bez. Aachen
2	KFB Arnsberg	9	Reg.Bez. Arnsberg
3	KFB Detmold	26	Reg.Bez. Detmold
4	KFB Düsseldorf	35	Reg.Bez. Düsseldorf
5	KFB Bonn-Land	51	Reg.Bez. Köln
6	KFB Münster-Stadt	60	Reg.Bez. Münster
V. Lieferungen und Leistungen an die französische Besatzungsmacht			
1	KFB Bonn-Land	51	Land Nordrhein-Westfalen
VI. Lieferungen und Leistungen, die durch die britische Besatzungsmacht in der amerikanischen und französischen Zone sowie in Berlin angefordert werden			
1	KFB Herford-Stadt	28	amerikanische und französische Zone sowie Berlin
VII. Beförderungs- und sonstige Leistungen der Deutschen Bundesbahn, der Deutschen Schlafwagengesellschaft (DSG) und der Internationalen Schlafwagengesellschaft (ISG)			
1	BFB Detmold		c) britische Zone
VIII. Nachrichtenleistungen der Deutschen Bundespost			
1	BFB Arnsberg		b) britische Zone
IX. Benzinkanisterlieferungen			
1	BFB Düsseldorf		d) Bundesgebiet
X. Wäschereinigungsaufträge			
1	BFB Düsseldorf		d) Land Nordrhein-Westfalen
XI. Glykollieferungen			
1	BFB Münster		f) Land Nordrhein-Westfalen

— MBl. NW. 1952 S. 1038.

C. Finanzministerium

B. Innenministerium

Tarifvertrag für Angestellte

Gem. RdErl. d. Finanzministers B 4160 — 8185/IV u. d. Innenministers II B — 4/27.14/45 — 15 156/52 v. 30. 7. 1952

I. Der im u. a. Bezugserlaß bekanntgegebene Tarifvertrag ist gleichlautend am 9. Juli 1952 zwischen der Bundesrepublik Deutschland — vertreten durch den Bundesminister der Finanzen —, der Tarifgemeinschaft deutscher Länder — vertreten durch den Vorsitz der Vorstandes —, der Vereinigung kommunaler Arbeitgeberverbände — vertreten durch den Vorstand —, einerseits, und dem Verband der weiblichen Angestellten e. V., Sitz Hannover, andererseits, abgeschlossen worden.

II. In der Durchführung des u. a. Runderlasses tritt keine Änderung ein.

Bezug: Gem. RdErl. d. Finanzministers B 4160 — 4907/IV u. d. Innenministers II B 4/27.14/45 — 15 049/52 II D 3 v. 14. 5. 1952 (MBl. NW. S. 534).

An alle obersten Landesbehörden und nachgeordneten Dienststellen.

— MBl. NW. 1952 S. 1045.

Tarifvertragliche Vereinbarung über die Neuregelung der Überstundenvergütung für Angestellte

Gem. RdErl. d. Finanzministers B 4160 — 8186/IV u. d. Innenministers II B — 4/27.15/45 — 15 168/52 v. 30. 7. 1952

I. Die im u. a. Bezugserlaß bekanntgegebene tarifvertragliche Vereinbarung ist gleichlautend am 3. Juni 1952 zwischen der Tarifgemeinschaft deutscher Länder

— vertreten durch den Vorsitz der Vorstandes —, einerseits, und dem Marburger Bund — Verband der angestellten Ärzte Deutschlands — Westdeutscher Gesamtverband, Köln-Mülheim — vertreten durch den Vorstand —, andererseits, abgeschlossen worden.

II. In der Durchführung des u. a. Bezugserlasses tritt keine Änderung ein.

Bezug: Gem. RdErl. d. Finanzministers B 4160 — 1957/IV u. d. Innenministers II B 4/27.14/15 — 5222/52 v. 27. 2. 1952 (MBl. NW. S. 334).

An alle obersten Landesbehörden und nachgeordneten Dienststellen.

— MBl. NW. 1952 S. 1045.

Tarifvertrag für Angestellte

Gem. RdErl. d. Finanzministers B 4160 — 8187/IV u. d. Innenministers II B — 4/27.14/45 — 15 167/52 v. 30. 7. 1952

I. Der im u. a. Bezugserlaß bekanntgegebene Tarifvertrag ist gleichlautend am 3. Juni 1952 zwischen der Tarifgemeinschaft deutscher Länder — vertreten durch den Vorsitz der Vorstandes —, einerseits, und dem Marburger Bund — Verband der angestellten Ärzte Deutschlands — Westdeutscher Gesamtverband, Köln-Mülheim —, vertreten durch den Vorstand —, andererseits, abgeschlossen worden.

II. In der Durchführung des u. a. Bezugserlasses tritt keine Änderung ein.

Bezug: Gem. RdErl. d. Finanzministers B 4160 — 4904/IV u. d. Innenministers II B 4/27.14/21 — 15 036/52 v. 5. 5. 1952 (MBl. NW. S. 518).

An alle obersten Landesbehörden und nachgeordneten Dienststellen.

— MBl. NW. 1952 S. 1046.

Tarifvertrag für Angestellte

Gem. RdErl. d. Finanzministers B 4160 — 8188:IV u. d. Innenministers II B — 4 27.14:45 — 15 166:52 v. 30. 7. 1952

I. Der im u. a. Bezugserlaß bekanntgegebene Tarifvertrag ist gleichlautend am 3. Juni 1952 zwischen der Tarifgemeinschaft deutscher Länder — vertreten durch den Vorsitz der Vorstände —, einerseits, und dem Marburger Bund — Verband der angestellten Ärzte Deutschlands — Westdeutscher Gesamtverband, Köln—

Mülheim —, vertreten durch den Vorstand —, andererseits, abgeschlossen worden.

II. In der Durchführung des u. a. Bezugserlasses tritt keine Änderung ein.

Bezug: Gem. RdErl. d. Finanzministers B 4160 — 4907:IV u. d. Innenministers II B 4 27.14:45 — 15 049:52 II D 3 v. 14. 5. 1952 (MBI. NW. S. 534).

An alle obersten Landesbehörden und nachgeordneten Dienststellen.

— MBI. NW. 1952 S. 1047.

D. Ministerium für Wirtschaft und Verkehr

Liste der Bergbau-Feuerlöschgeräte (BuT)

Bek. d. Ministers für Wirtschaft und Verkehr v. 12. 8. 1952 II:2 — 171 — 33.3 — Tgb.-Nr. 612:52

Auf Grund des § 3 Abs. 2 der „Polizeiverordnung über die Zulassung tragbarer Feuerlöschgeräte zur Verwendung im Bergbau unter Tage (Bergbau-Feuerlöschgeräte)“ vom 16. Juni 1952 (GV. NW. S. 109) habe ich das unten genannte Feuerlöschgerät als Nachtrag I in die „Liste der Bergbau-Feuerlöschgeräte“ vom 15. Juli 1952 (MBI. NW. S. 963) aufgenommen und damit für die Verwendung im Bergbau unter Tage des Landes Nordrhein-Westfalen zugelassen.

Auf Grund des § 2 der genannten Polizeiverordnung wird nachfolgend der Nachtrag I der „Liste Bergbau-Feuerlöschgeräte“ veröffentlicht.

Die Zuständigkeit der Bergbehörde zur Regelung des Einsatzes der Geräte wird durch die Liste nicht berührt.

Nachtrag I zur Liste der Bergbau-Feuerlöschgeräte (BuT)

Lfd. Nr.	Hersteller Firma	Firmenbezeichnung	Typenbezeichnung	Zulassungs- (Kern-) Nr.	Löschmittel Inhalt	Bemerkungen
10	TOTAL KG., Foerstner & Co., Ladenburg (Neckar)	TOTAL BS 13	LK 10 A	BuT 311 — 3:52 A	Luftschaum 13 l	Neuherstellung nicht gestattet

— MBI. NW. 1952 S. 1047/48.

E. Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

I. Verwaltung

Bestimmung der zuständigen Stelle für die Entgegennahme von Schlußscheinen (Dritte Ausfertigung) im Getreideverkehr

AO. d. Ministers für Ernährung, Landwirtschaft u. Forsten v. 14. 8. 1952 — I A 4 0 Tgb.-Nr. 1405:52

Gemäß § 1 Abs. 5 Nr. 1 der Ersten Verordnung zur Durchführung des Getreidepreisgesetzes 1952:53 vom 8. August 1952 (BA. Nr. 155) ist eine weitere Ausfertigung des Schlußscheins (Dritte Ausfertigung) an die von der obersten Landesbehörde für Ernährung und Landwirtschaft zu bestimmende Stelle zu übersenden.

Als zuständige Stelle im Sinne dieser Vorschrift bestimme ich den Geschäftsführer der Kreisstelle der Landwirtschaftskammer als Landesbeauftragten.

Die dritte Ausfertigung der Schlußscheine über den Verkehr mit Getreide ist gemäß § 1 Abs. 5 Nr. 2 der oben angeführten Verordnung vom 8. August 1952 dem für den Sitz des Käufers zuständigen Pflanzenerzeugerverband zu übersenden.

— MBI. NW. 1952 S. 1047.

Bestimmung der zuständigen Stelle zur Erstattung der Frühdruschprämie

AO. d. Ministers für Ernährung, Landwirtschaft u. Forsten v. 14. 8. 1952 — I A 4 0 Tgb.-Nr. 1405:52

Gemäß § 3 Abs. 1 der Dritten Verordnung zur Durchführung des Getreidepreisgesetzes 1952:53 vom 8. August 1952 (BA. Nr. 155) erstatten die obersten Landesbehörden für Ernährung und Landwirtschaft (oberste Landesbehörden) oder die von ihnen bestimmten Stellen die Frühdruschprämie).

Gemäß § 6 Abs. 2 der gleichen Verordnung sind die Anträge derjenigen obersten Landesbehörde oder der von ihr bestimmten Stelle einzusenden, in deren Bereich der Antragsteller seinen Sitz hat. Gemäß § 6 Abs. 3 der

gleichen Verordnung können Abschlagszahlungen auf die zu erstattende Frühdruschprämie bei der zuständigen obersten Landesbehörde oder der von ihr bestimmten Stelle beantragt werden.

Als zuständige Stelle im Sinne der oben angeführten Vorschriften bestimme ich das Landesernährungsamt Nordrhein-Westfalen.

— MBI. NW. 1952 S. 1047.

1952 S. 1048
erg. d.
1955 S. 497

F. Arbeitsministerium

1952 S. 1048
erg. d.
1954 S. 1793

Verkehr mit brennbaren Flüssigkeiten; Zulassung des Fußventils NW 150, ND 64 Type 5867, als Durchschlagsicherung

RdErl. d. Arbeitsministers v. 11. 8. 1952 — III 4 — 8604

Nachstehendes Schreiben des Ausschusses für brennbare Flüssigkeiten in Hannover vom 30. Juli 1952 — MVA 142:52 — bringe ich hiermit zur Kenntnis.

a) An die Regierungspräsidenten in Aachen, Arnberg, Detmold, Düsseldorf, Köln und Münster.

b) III Nr. 88:52
An die Gewerbeaufsichtsämter des Landes Nordrhein-Westfalen.

„Ausschuß für brennbare Flüssigkeiten“
Tgb.-Nr. MVA 142:52
Hannover, den 30. Juli 1952
Niemeyerstr. 15
Fernruf 4 56 43 u. 4 56 33

An die Firma Esso AG, in Hamburg

Betrifft: Zulassung des Fußventils NW 150, ND 64 Type 5867.

Auf Ihren Antrag wird auf Grund des Gutachtens der Physikalisch-Technischen Bundesanstalt in Braunschweig vom 8. Mai 1952 — PTB. Nr. III B 1820 — das Fußventil NW 150, ND 64 Type 5867 als Durchschlagsicherung an unterirdischen Kraftstoffanlagen im Sinne des Abschnitts II A Ziffer 2 g) und des Abschnitts II A Ziffer 3 e) der Grundsätze für die Durchführung der Polizeiverordnung über den Verkehr mit brennbaren Flüssigkeiten anerkannt.

Diese Anerkennung wird an folgende Bedingungen geknüpft:

1. Werkstoff, Herstellung und Aufbau des Fußventils müssen der zum Gutachten der Physikalisch-Technischen Bundesanstalt in Braunschweig gehörenden beglaubigten Zeichnung V 24 38 c entsprechen. Die Ventileführungen und die Dichtflächen am Ventilteller und Ventilsitz müssen mindestens dem Gütegrad vv des Normblattes DIN 140 Blatt 2 entsprechend bearbeitet sein.

Zur Feststellung der Übereinstimmung und der ordnungsmäßigen Ausführung sind die Ventile einzeln im Herstellerwerk zu prüfen.

2. An das Fußventil darf nur ein Saugrohr mit einer Nennweite bis zu 150 mm angeschlossen werden.

Der Vorsitzende: Deutschbein."

Die Verwendung des Fußventils NW 150 ND 64 Type 5867 unter den angegebenen Bedingungen ist nicht zu beanstanden.

Die Technischen Überwachungs-Vereine sind unmittelbar unterrichtet worden.

— MBl. NW. 1952 S. 1048.

H. Kultusministerium

Persönliche Angelegenheiten

Ernennungen: Referent Dr. H. Wollermann zum Oberregierungsrat; Regierungsrat W. Haug zum Oberregierungsrat unter gleichzeitiger Versetzung vom Schulkollegium Düsseldorf zum Kultusministerium.

— MBl. NW. 1952 S. 1049.

Altersgrenze der Lehrer und Verlängerung der Dienstzeit über die Altersgrenze hinaus

RdErl. d. Kultusministers v. 1. 8. 1952 — II E gen — 032 Nr. 325/52 — I Pers.

Mit Beschluß vom 1. Juli 1952 hat das Kabinett hinsichtlich der Altersgrenze der Lehrer und Verlängerung der Dienstzeit über die Altersgrenze hinaus folgendes beschlossen:

1. Gemäß § 68 Abs. 1 Satz 2 in Verbindung mit § 172 Abs. 3 DBG vom 26. Oktober 1937 (RGBl. I S. 39) und den §§ 1, 6 des Preuß. Gesetzes vom 15. Dezember 1920 (Gesetzsamml. 621) in der Fassung des § 36 Nr. 3 der Zweiten Sparverordnung vom 23. Dezember 1931 (Gesetzsamml. 293) treten die Lehrer an öffentlichen Schulen mit dem auf die Vollendung des 62. Lebensjahres folgenden 1. April oder 1. Oktober (Schulhalbjahr) in den Ruhestand.
2. Über das Ende des Schulhalbjahres, in dem das 62. Lebensjahr vollendet wird, hinaus wird der Kultusminister im Einzelfalle gemäß § 68 Abs. 2, Satz 2 erster Halbsatz DBG den Eintritt in den Ruhestand bis zur Vollendung des 65. Lebensjahres (Ende des Monats, in dem das 65. Lebensjahr vollendet wird) hinausschieben.
3. Soweit eine Weiterbeschäftigung eines Lehrers über das 65. Lebensjahr hinaus erfolgen soll, ist gemäß § 68 Abs. 2 Satz 1 DBG auf Antrag des Kultusministers als oberster Dienstbehörde die Entscheidung des Kabinetts herbeizuführen (vgl. Kabinettsbeschlüsse vom 4. März 1952, 2. Oktober 1951, 8. Mai 1951, 30. Oktober 1950 sowie RdErl. des Herrn Innenministers betr. Dienstzeitverlängerung von Beamten über die Altersgrenze hinaus (§ 68 [2] DBG vom 15. März 1952 MBl. NW. 1952 S. 329).
4. Die Dienstzeit derjenigen Lehrer, die vor dem 31. März 1952 das 62. Lebensjahr vollendet hatten und demgemäß zu diesem Zeitpunkt (31. März 1952) oder schon früher hätten in den Ruhestand treten müssen, gilt — falls sich diese Beamten noch im Dienst befinden, ohne daß ihre Dienstzeit ordnungsgemäß verlängert worden ist — bis zum 30. September 1952 als verlängert. Unberührt hiervon bleiben diejenigen

Fälle, in denen bisher eine anderweitige Beendigung der Dienstzeit im Rahmen der rechtlichen Möglichkeiten auf dem gesetzlich vorgeschriebenen Wege ausdrücklich genehmigt worden ist. Im übrigen gilt ab sofort die gesetzlich vorgeschriebene Regelung."

In Durchführung dieses Kabinettsbeschlusses ordne ich folgendes an:

- I. Anträge, die eine Dienstzeitverlängerung der Lehrkräfte über das 62. Lebensjahr — Ziff. 1 und 2 — oder über das 65. Lebensjahr — Ziff. 3 des Kabinettsbeschlusses — hinaus bezwecken, bitte ich mir künftighin jeweils mindestens 3 Monate vor dem betreffenden Termin unter Darlegung der „dringenden dienstlichen Rücksichten“, die eine Hinausschiebung für geboten erscheinen lassen (§ 68 Abs. 2 DBG) vorzulegen.

- II. Die Namen derjenigen Lehrer, die bereits vor dem 31. März 1952 das 62. Lebensjahr vollendet hatten — Ziff. 4 des Kabinettsbeschlusses —, bitte ich, mir listenmäßig vorzulegen, und zwar jeweils alphabetisch geordnet nach Schulträgern und Lehrern unter Angabe der Schule, an der der einzelne Lehrer tätig ist.

Die Vorlage ist

spätestens bis zum 1. September 1952 zu bewirken.

- III. Die Namen derjenigen Lehrer, die in der Zeit vom 1. April bis 30. September 1952 das 62. Lebensjahr vollenden, die also schon zum 1. Oktober 1952 in den Ruhestand treten müssen — Ziff. 1 des Kabinettsbeschlusses —, bitte ich mir in gesonderter Liste, im übrigen wie zu II., ebenfalls bis zum 1. September 1952 vorzulegen.

- IV. In den gemäß Ziff. II und III vorzulegenden Listen bitte ich bei jedem Namen jeweils zu vermerken, ob die Hinausschiebung der Altersgrenze über das 62. Lebensjahr bis zur Vollendung des 65. Lebensjahres jeweils im dringenden dienstlichen Interesse liegt und im Einverständnis mit dem betreffenden Lehrer geschieht.

- V. Lehrer, die nach dem 1. Oktober 1952 das 62. Lebensjahr vollenden, sind künftighin vor der Antragstellung auf Hinausschiebung der Altersgrenze gemäß Ziff. 2 des Kabinettsbeschlusses — Ziff. I dieses Erlasses — zu hören.

Dieser Erl. wird außerdem im Amtsblatt des Kultusministeriums veröffentlicht und ist auch zum Nachdruck in allen amtlichen Schulblättern des Landes bestimmt. Ich bitte jedoch, die Schulträger und Schulleiter auch gesondert umgehend zu verständigen.

An die Regierungspräsidenten in Aachen, Arnberg, Detmold, Düsseldorf, Köln und Münster,
das Schulkollegium in Düsseldorf und Münster,
den Regierungspräsidenten — Verw. d. früh. lipp. höh. Schulen — in Detmold.

— MBl. NW. 1952 S. 1049.

Namensänderung der „Vogelschutzwarte Essen-Altenhundem“

RdErl. d. Kultusministers — Oberste Naturschutzbehörde — v. 31. 7. 1952 — III K 2 Az. 43 I Tgb.-Nr. 1670/52

Die „Vogelschutzwarte Essen-Altenhundem“ führt ab 1. August 1952 ihrem erweiterten Aufgaben- und neuen Tätigkeitsbereich entsprechend die folgende Bezeichnung:

Nordrhein-Westfälische
Vogelschutzwarte Essen-Altenhundem
Institut für angewandte Vogelkunde
Sitz Essen.

Die Geschäftsstelle befindet sich in Essen-Stadtwald, Eichenstr. 12, Fernruf 4 19 18.

Dieser Runderlaß wird außerdem im Amtsblatt des Kultusministeriums veröffentlicht.

An die nachgeordneten Naturschutzbehörden und -stellen in Nordrhein-Westfalen.

— MBl. NW. 1952 S. 1050.

J. Ministerium für Wiederaufbau

1952 S. 1051
aufgeh. d.
1954 S. 75

III B. Finanzierung

Grundsteuervergünstigung

RdErl. d. Ministers für Wiederaufbau v. 31. 7. 1952 —
III B 2 — 470.1.1.4 (11) Tgb.-Nr. 10 085/52

- (1) Nach mir vorliegenden Berichten und Anfragen entsprechen in einigen Fällen nach dem 31. Dezember 1949 bezugsfertig gewordene Wohnungen, die nach den Förderungsbestimmungen vom 9. Mai 1949 — III B 2 (52) — Tgb.-Nr. 3958/49 (MBI. NW. Nr. 49) — oder nach bis dahin geltenden Bestimmungen gefördert wurden, nicht den Voraussetzungen für die Grundsteuervergünstigung gemäß § 7 WoBauG hinsichtlich Wohnfläche und Miete.
- (2) Mein Erlaß vom 20. August 1951 wird deshalb wie folgt abgeändert bzw. ergänzt:
1. In Abschnitt I Abs. 1 Satz 2 werden die Worte: „oder vorher in Kraft gewesenen“ gestrichen.
 2. In Abschnitt I Abs. 1 Satz 2 werden hinter die Worte: „ein öffentliches Darlehn“ die Worte: „oder ein öffentlicher Zuschuß“ eingefügt.
 3. In Abschnitt I wird hinter Abs. 1 folgender neuer Absatz eingefügt:
„Wohnungen, die auf Grund der Förderungsbestimmungen vom 9. Mai 1949 — III B 2 (52) Tgb.-Nr. 3958/49 (MBI. NW. Nr. 49) — oder bis dahin geltender Bestimmungen gefördert wurden, sind hinsichtlich der Voraussetzungen für die Grundsteuervergünstigung zu überprüfen.“

Sofern für Wohnungen der in Abs. 1 erwähnten Art Grundsteuervergünstigung bereits gewährt wurde, ist diese mit Wirkung vom 1. Juli 1952 unter Hinweis auf § 7 Abs. 2 WoBauG zurückzuziehen.

Bezug: Mein Erl. v. 20. 8. 1951 — III B 2 — 470.1.1 (11) Tgb.-Nr. 3574/51 (MBI. NW. S. 1076 ff.).

An die Regierungspräsidenten in Aachen, Arnsberg, Detmold, Düsseldorf, Köln und Münster,
den Minister für Wiederaufbau — Außenstelle Essen
— in Essen, Ruhrallee 55.

— MBI. NW. 1952 S. 1051.

Notizen

Exequaturerteilung

an den Peruanischen Wahlkonsul in Duisburg, Herrn Paul Ludwig

Die Bundesregierung hat dem zum Peruanischen Wahlkonsul in Duisburg ernannten Herrn Paul Ludwig das Exequatur für den Stadtkreis Duisburg und die Kreise Dinslaken, Rees und Moers erteilt.

— MBI. NW. 1952 S. 1052.

Die Abteilung V (Wiedergutmachung) des Innenministeriums wird ab 25. August 1952 nach Düsseldorf, Neußer Str. 22, 2. Obergeschoß, Zimmer 219a—252, verlegt. Bis zum 1. September 1952 bleibt die Dienststelle für jeden Verkehr geschlossen.

— MBI. NW. 1952 S. 1052.

Hinweis für die Bezieher des Ministerialblattes

Neufestsetzung der Bezugspreise

Die Bezugspreise für das Ministerialblatt für das Land Nordrhein-Westfalen betragen ab 1. Oktober 1952 für die Ausgabe A 4,50 DM vierteljährlich,

„ „ „ B 5,40 DM „

Die Lieferung von Einzelexemplaren erfolgt, wie bisher, nur durch den Verlag. Die Preise betragen:

bei einem Umfang bis 16 Seiten 0,30 DM,

„ „ „ 24 „ 0,40 DM,

„ „ „ 32 „ 0,50 DM zuzügl. Porto.

Bei einem Umfang von mehr als 32 Seiten werden die Preise für die Einzelexemplare jeweils besonders festgesetzt.

— MBI. NW. 1952 S. 1051/52.

Herausgegeben von der Landesregierung Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf, Haus der Landesregierung. Registriert beim Wirtschaftsministerium NRW — B III a — 17 Nr. 43/90 vom 25. 2. 1948. Die Verlagsrechte liegen bei der Landesregierung Nordrhein-Westfalen. Druck: A. Bagel, Düsseldorf; Vertrieb: August Bagel Verlag G. m. b. H., Düsseldorf. Bezug der Ausgabe A (zweiseitiger Druck) und B (einseitiger Druck) durch die Post.

Einzellieferungen nur durch den Verlag gegen Voreinsendung von 0,25 DM je Stück (Umfang bis 16 Seiten) zzgl. Versandkosten (pro Einzelheft 0,10 DM) auf das Postscheckkonto August Bagel G. m. b. H., Köln 85 16.